

Initiativantrag

der unterzeichneten Abgeordneten

betreffend

die verbesserte finanzielle Ausstattung der Gymnasien

Gemäß § 25 Abs. 6 der Landtagsgeschäftsordnung wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung für die Verbesserung der finanziellen und baulichen Ausstattung der oberösterreichischen Gymnasien einzutreten.

Begründung

Trotz allgemeinem Rückgang der Schülerzahlen hat in Oberösterreich in den letzten Jahren der Anteil jener Schülerinnen und Schüler, die nach der Volksschule ein Gymnasium besuchen, zugenommen. Dieser Entwicklung können die Gymnasien allerdings nicht mehr in der für einen hochqualitativen Unterricht notwendigen Art und Weise nachkommen, weil es ihnen an finanziellen Mitteln fehlt. In vielen Schulen mangelt es bereits an ordentlichen Arbeits- bzw. Lernbedingungen für Lehrerinnen und Lehrer und Schülerinnen und Schüler. An einigen konkreten Standorten herrschten akute Raumnot und dringender Sanierungsbedarf.

Immer häufiger kommt es auch vor, dass die Klassenschülerhöchstzahlen überschritten werden. Die Gymnasien haben einen zunehmenden Lehrkräftemangel zu verzeichnen. Dadurch fällt es allen höheren Schulen auch zunehmend schwerer, ihre Lehrkräfte zusätzlich noch sechs Stunden an einer Neuen Mittelschule unterrichten zu lassen. Dieses Problem dürfte in den nächsten Jahren weiter verschärft werden, da sehr viele Lehrerinnen und Lehrer kurz vor der Pensionierung stehen.

Die AHS benötigt ausreichende Ressourcen, um die gesetzlichen Bestimmungen auch einhalten zu können. Derzeit können die Vorgaben der Eröffnungs- und Teilungszahlen-Verordnung kaum erfüllt werden. Durch die weitgehende Beachtung der

Klassenschülerhöchstzahl 25 in der Unterstufe der oö. Gymnasien wird ein Ressourcenengpass befürchtet, der eine Einschränkung des Angebots an unverbindlichen Übungen und Freigegegenständen mit sich bringen würde.

Die Abgeordneten des oberösterreichischen Landtages sind überzeugt, dass ausnahmslos alle Schülerinnen und Schüler ein Anrecht auf optimale Unterrichtsbedingungen haben, unabhängig davon, welchen Schultyp sie besuchen.

Die unterzeichneten Abgeordneten vertreten daher die Ansicht, dass für die Aufrechterhaltung der hohen Unterrichtsqualität eine Verbesserung der finanziellen Ausstattung und der Raumsituation dringend notwendig ist, wofür entsprechende Ressourcen zur Verfügung gestellt werden müssen.

Linz, am 25. September 2012

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Steinkellner, Lackner, Cramer, Mahr, Wall, Klinger

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Stelzer, Kirchmayr, Bernhofer, Stanek, Hingsamer, Strugl, Manhal, Gattringer, Alber, Baier

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)

Schwarz, Hirz, Reitsamer, Buchmayr, Wageneder